

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 46 (1954)
Heft: 10

Artikel: 86. Jahreskongress des Englischen Gewerkschaftsbundes
Autor: Bieligg, K.F.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353659>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

86. Jahreskongreß des Englischen Gewerkschaftsbundes

In Brighton an der Südküste Englands trafen sich in der ersten Septemberwoche an fünf Tagen für je sieben Stunden 973 Delegierte von 184 Verbänden, die dem Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, in einer großen Halle, die vor mehr als 150 Jahren als Stall für die «königlichen» Pferde erbaut worden war. Inzwischen ist sie zur Musikhalle geworden, und nicht nur die Vertreter von 8 100 000 Gewerkschaftsmitgliedern, sondern auch mehr als 100 Vertreter der Presse fanden bequem im Saale Platz. Dazu bot eine Galerie mehr als 1200 Zuhörern Raum, und zu manchen Stunden schienen fast ebensoviel anwesend zu sein.

Die Hauptarbeit des Gewerkschaftskongresses ist alljährlich die Beratung des Berichtes des Generalrates und der eingereichten Entschlüsse. Der Jahresbericht umfaßte diesmal 340 Paragraphen; die Verbände hatten 80 Entschlüsse und 12 Zusatzanträge vorgelegt. Aus dieser Fülle von Material ragten zwei Hauptprobleme hervor: *die wirtschaftliche und soziale Situation in England* und als zweites *die internationale politische Lage*.

Die wirtschaftliche Situation

Die englische Wirtschaft hat seit dem vorigen Jahre eine stetige Entwicklung genommen. Die industrielle Produktion erhöhte sich weiter und hat Mitte 1954 einen neuen Rekord aufgestellt. Die Vollbeschäftigung ist erhalten geblieben, so daß die Arbeitslosigkeit den gleichen tiefen Stand erreicht hat, den sie bereits einmal unter der Arbeiterregierung hatte. Die arbeitenden Menschen haben jedoch als Folge der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Regierung an der Erhöhung des Volkseinkommens nicht den Anteil gehabt, auf den sie Anspruch haben. Der Generalrat des Gewerkschaftsbundes stellt in einer Erklärung zur wirtschaftlichen Situation fest, daß diese Politik der Churchill-Regierung «die privilegierte Position der wohlhabenden Schichten weiter verbessert hat und die Dividenden an die Aktionäre in die Höhe treibt». Die Gewerkschafter haben bisher schon gezeigt, daß sie alles tun, was sie tun können, um England zu helfen, seinen Rang in der Welt zu behalten. Sie nehmen an den Anstrengungen teil, die Leistungsfähigkeit der Industrie zu erhöhen und Kosten und Preise niedrig zu halten. Aber der Generalrat warnt vor der Gefahr, «daß die Regierung und die Unternehmer durch ihre Taten die Gewerkschafter veranlassen könnten, ihre Verpflichtungen abzulehnen». Er betont die Notwendigkeit, daß Englands Wirtschaft durch die Erhöhung der Produktivität weniger abhängig vom Ausland gemacht werden müsse und daß dazu die Modernisierung der Ausrüstung und der Technik der Industrie erforderlich sei, weil sonst der Lebensstandard nicht aufrechterhalten und

erst recht nicht verbessert werden könne. Es folgt die Feststellung, daß die Kapitalinvestierung in der Industrie am falschen Platz geschieht und daß die Regierung dafür zu sorgen hat, daß sie dort erfolgt, wo sie gebraucht wird.

Die Gewerkschaften betrachten es als ihre Aufgabe, die Regierung zur Aktivität in der Abwehr der Ausbreitung des wirtschaftlichen Rückschlages zu drängen, der in den Vereinigten Staaten und Kanada fort dauert. Sie halten es nicht für sicher, daß sich die gegenwärtigen Tendenzen einer Krise in diesen Ländern nicht verschärfen. Infolge des Abbaues der staatlichen Kontrollen in England hat die Regierung kaum die Möglichkeit, der Bedrohung der Vollbeschäftigung, wenn sie eintritt, entgegenzuwirken. Eine radikale Änderung ihrer Politik würde notwendig sein, aber dieser Wechsel könne kaum so rasch vorgenommen werden, wie es geschehen müsse, um große Härten zu verhindern.

Die Delegierten führten in der Diskussion diese Beurteilung weiter und stimmten einer von den Bergarbeitern, den Eisenbahnern, den Kesselschmiedern, den Bekleidungs- und Holzarbeitern vorgelegten Entschlie ßung zu, in der es heißt:

«Der Kongreß gibt seiner Bestürzung Ausdruck über die Wirkungen der gegenwärtigen Regierungspolitik für den Wohlfahrtsstaat, die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und für den Lebensstandard. Die Wirtschaftspolitik der Regierung hat die Lebenshaltungskosten beträchtlich erhöht. Davon werden insbesondere die Altersrentner und andere Gruppen betroffen, deren Einkommen sich nicht steigert. Durch die gleichzeitige Beendigung der Währungskontrolle und des vollständigen Abbaues der staatlichen Nahrungsmittel- und Wareneinfuhr ist die Bevölkerung gegen die Rückwirkungen eines ernsten wirtschaftlichen Rückschlages weniger geschützt als vorher.

In Hinsicht auf die zunehmende ausländische Konkurrenz ist die Kapitalinvestierung, von der die industrielle Leistungsfähigkeit zum größten Teil abhängt, viel zu niedrig, obwohl die Industriegesellschaften Steuererleichterungen zu diesem Zweck erhalten haben. Der Kongreß ersucht den Generalrat, bei der Regierung für die Beschränkung der Dividenden und der Verteilung von Gratisaktien an ihre Aktionäre vorstellig zu werden.

Er erklärt seine Opposition gegen den Abbau des Wohlfahrtsstaates und beauftragt den Generalrat, seinen Widerstand gegen die reaktionäre Politik der Regierung fortzusetzen und auf ihre Beendigung zu dringen. Er verlangt weiter, daß die Regierung die erforderlichen Schritte unternimmt, um die Mängel in der Privatindustrie und im Handel zu überwinden.»

Ueber das Problem der Produktivitätssteigerung und seine Beziehung zur Verwirklichung eines höheren Lebensstandards äußerte sich der Präsident des Kongresses, *Jack Tanner*. Er bezeichnete es in seiner Begrüßungsansprache als eine Tatsache des Lebens, daß in einer Wirtschaft mit Vollbeschäftigung ein höherer Lebensstandard nur durch größere individuelle Produktivität erreicht werden kann.

«Aber», so fuhr er fort, «laßt uns nicht vergessen, daß weder höhere Produktivität noch Vollbeschäftigung *Selbstzweck* sind. Sie sind es nicht. Wenn die Gewerkschaften die Erhöhung der Leistungsfähigkeit bejahen, so tun sie es, *um die materielle Besserstellung ihrer Mitglieder zu verwirklichen*; höhere Reallöhne, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Freizeit und alle die anderen Erleichterungen durchzusetzen, die das Leben reicher und lebenswerter machen. Das ist unsere Hauptaufgabe. Und laßt uns klar darüber sein: höhere individuelle Produktivität bedeutet für uns *nicht mehr Anstrengung und längere Arbeit*, sondern bedeutet für uns, *die Arbeit ergiebiger zu machen*. Durch größeren Gebrauch moderner Maschinen, Werkzeuge und mechanischer Pferdekräfte wünschen wir, von der Arbeit die Last und den Schweiß zu nehmen und so die arbeitenden Menschen zu befähigen, ihr Geschick und ihre Handwerkskunst mit weniger Ermüdung und bei kürzerer Arbeitszeit besser für eine ertragsreichere Arbeit einzusetzen. Das ist, was wir mit höherer Leistungsfähigkeit meinen.»

Darin liegt auch die Rechtfertigung für den Anspruch der Gewerkschaften, daß die Kapitalinvestierung und die Ausrüstung der Industrie nicht Angelegenheiten sind, die zu dem ausschließlichen Bereich des Unternehmers und Betriebsleiters gehören, sondern im gleichen Maße auch die Gewerkschafter interessieren. Der Generalrat vertritt mit Nachdruck die Auffassung, *daß die Betriebsführung und ihre Technik in die Verhandlungen zwischen Unternehmer und Gewerkschaften einbezogen und ein untrennbarer Bestandteil der gemeinsamen Verhandlungen über andere Produktions- und Wirtschaftsfragen werden müssen*. Der Gewerkschaftsbund ist entschlossen, für die Schulung von Gewerkschaftern für diese neue Aufgabe besondere Lehrkurse durchzuführen.

Eine weitere Gesundung und Kräftigung der Wirtschaft wird von einer Weiterführung der Nationalisierung der Industrie erhofft. Der Kongreß stimmte mit starker Mehrheit einer Entschließung zu, die die tiefe Ueberzeugung ausdrückt, daß «die Ausweitung der öffentlichen Eigentümerschaft auf entscheidende Sektoren der Wirtschaft eine wichtige Voraussetzung für eine geordnete, leistungsfähige und fortschrittliche Wirtschaft ist, die fähig sein wird, den Lebensstandard des Volkes aufrechtzuerhalten und zu verbessern». Insbesondere für die Schlüsselindustrien wird das Prinzip der sozialen Eigentümerschaft unterstützt und ebenso für gewisse Abteilungen der chemischen und der Maschinenindustrie. Für die gesamte Bauindustrie schließt sich die Resolution dem im neuen Wahlprogramm der Arbeiterpartei enthaltenen Vorschlag an, daß unter staatlicher Kontrolle eine *Landes-Baugesellschaft* errichtet werden soll. Weiter wird die freiwillige genossenschaftliche Eigentümerschaft als ein wichtiger Bestandteil in der Struktur der Gesellschaft jetzt und für die Zukunft bezeichnet.

Keine Aenderung der Lohnpolitik

Die Gewerkschaftskongresse der letzten Jahre haben den Verbänden eine gewisse Zurückhaltung bei Lohnforderungen empfohlen. Da aber die Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen bzw. Industrien unterschiedlich sind und die Gewerkschaften in ihrer Lohnpolitik völlige Autonomie haben, so bleibt die Formulierung von Lohnforderungen *ihr* Recht und *ihre* Aufgabe. Auch ist von den Verteidigern der «Zurückhaltung» wiederholt erklärt worden, daß die Erhaltung des Lebensstandards der Gewerkschaftsmitglieder selbstverständlich sei. Dennoch wurde von einigen Gewerkschaften verlangt, daß die Beschränkung auch formell aufgehoben werde. Eine entsprechende EntschlieÙung wurde jedoch mit 4 564 000 Stimmen gegen 3 002 000 Stimmen abgelehnt. Es bleibt damit bei der bisherigen Lohnpolitik. Der Gewerkschaftsbund wird im Zusammenwirken mit der Arbeiterpartei nachdrücklich die Beendigung der Preistreiberei vertreten und von der Regierung eine Politik für die Herabsetzung der Lebenshaltungskosten fordern. Bleibt sie jedoch bei ihrer bisherigen Teuerungspolitik, so werden die Gewerkschaften ebenso entschlossen den Lebensstandard ihrer Mitglieder verteidigen, wie sie das seit je getan haben.

Ein anderer Vorstoß wurde für die Einführung einer *völlig neuen Lohnstruktur* gemacht. Es wurde verlangt, daß der Generalrat einen umfassenden Plan für die gesamte Wirtschaft ausarbeite, in dessen Rahmen dann die einzelnen Gewerkschaften ihre Vorschläge zu machen hätten. Der Generalrat lehnte aber eine solche Neuerung ab mit der Begründung, sie sei ein Angriff auf die Autonomie der einzelnen Verbände, und die große Mehrheit der Delegierten stimmte ihm darin bei.

Der Kongreß legte ein neues Bekenntnis zur ungeschmälerten Erhaltung des *Streikrechts* ab. Vor einigen Monaten wurden unter verdeckter Zustimmung der Regierung Versuche gemacht, das Streikrecht einzuschränken oder durch die Einführung einer allgemeinen Zwangsschiedsgerichtsbarkeit unwirksam zu machen. Obwohl es in England in den letzten zehn Jahren nur geringe Streikbewegungen gegeben hat und das kollektive Verhandlungssystem fortlaufend einen Ausbau erfährt, wird der Schiedsgerichtszwang von der Mehrzahl der Gewerkschaften entschieden zurückgewiesen. Das ist auch von diesem Kongreß wieder geschehen, der einer EntschlieÙung zustimmte, die ihre Bestürzung über Erklärungen der Regierung und führender Unternehmer ausspricht, die sich auf die Einführung der Zwangsschiedsgerichtsbarkeit bezogen. Es bleibt weiterhin bei der freien Verhandlungsmethode zwischen Arbeiter und Unternehmer und der kompromißlosen Opposition gegen jede Form von Schiedsgerichtszwang.

Soziale Sicherungen

Die Verhandlungen brachten eine Fülle von Material zutage, das zeigt, daß noch viele berechnigte soziale Forderungen erfüllt werden müssen, wenn der Wohlfahrtsstaat über seine Anfänge hinausgebracht werden soll. Der Kongreß beauftragt den Generalrat, sich für eine Erhöhung sämtlicher Sozialversicherungsrenten einzusetzen. Ihr Realwert ist zurzeit niedriger als im Jahre 1946. Diese Erhöhung soll erfolgen, auch wenn sie eine Heraufsetzung der Beiträge nach sich zieht. Dem von der Regierung und von gewissen Kreisen geförderten Plan, die *Altersgrenze* für die Gewährung der Altersrente heraufzusetzen (60 Jahre für Frauen, 65 Jahre für Männer), erklärte der Kongreß mit einer großen Mehrheit seine Opposition. Es wurde dabei darauf hingewiesen, daß die Regierung in einzelnen staatlichen Werken bereits dazu übergeht, das Pensionsalter, wo es bisher niedriger war als 65 Jahre, heraufzusetzen.

Eine scharfe Verurteilung erfuhr das *Mietenerhöhungsgesetz*, das Ende August in Kraft getreten ist. Der Kongreß verlangt eine gemeinsame Kampagne der Gewerkschaften, der Arbeiterpartei und der Genossenschaften für seine Aufhebung. Ungesunde Arbeitsräume, ungenügende sanitäre Einrichtungen und mangelnde Hygiene in den Betrieben fordern eine Vermehrung des Schutzes und der Sicherheit der schaffenden Menschen am Arbeitsplatz. Der Delegierte der Aerztengewerkschaft machte auf die 700 000 Arbeitsunfälle aufmerksam, die alljährlich in England zu verzeichnen sind, und schlug den beschleunigten Ausbau von gemeinsamen Schutzkomitees in den Fabriken vor. Von ihnen bestehen bisher auf freiwilliger Grundlage bereits 3000, aber es gibt in England über 243 000 Fabriken. Es wurde weiter dem Verlangen Ausdruck gegeben, daß auch die Eisenbahner und die Landarbeiter in die Arbeiterschutzgesetzgebung für die Industrie einbezogen werden sollen. Die Mechanisierung in der Landwirtschaft hat zu einer starken Vermehrung der Arbeitsunfälle in diesem Wirtschaftszweig geführt.

Die internationale politische Situation

Es war die Frage der *Aufrüstung Deutschlands*, die den Kongreß am stärksten interessierte. Von der englischen Arbeiterbewegung ist diese Frage in den letzten Monaten eingehend diskutiert worden. Der Jahreskongreß der Konsumgenossenschaften hat sich vor kurzem gegen die Aufrüstung Deutschlands ausgesprochen. Kurz vor der Eröffnung des Gewerkschaftskongresses kam die Verwerfung des Vertrages für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft durch das französische Parlament. Der Generalrat nahm das zum Anlaß, um dem Kongreß eine dringliche Entschließung vorzulegen. In ihr be-

dauerte er die Ereignisse der letzten Tage, durch die der Aufbau einer wirksamen Verteidigung des Westens aufgehalten worden sei.

«Der Kongreß», so heißt es dann, «ist nicht der Meinung, daß diese unglückliche Entwicklung eine Abkehr von der bisher beharrlich befolgten Politik der Gewerkschaftsbewegung, die von früheren Kongressen in entscheidenden Abstimmungen gedeckt worden ist, erfordert... Der Kongreß wiederholt, daß seine Politik für die Verteidigung des Friedens auf der Notwendigkeit für kollektive Sicherheit durch die Vereinten Nationen beruht, die die Organisation von regionalen Pakten für die Verteidigung vorsehen... Er fordert daher die Beschleunigung von vollständigen Plänen für die wirksame Verteidigung des Westens, die Deutschland befähigen, seinen Anteil zu tragen und die gleichzeitig den europäischen Nationen und allen Sektionen der deutschen Demokratie die genügende Versicherung geben, daß ihr Beitrag für die Unterstützung der Vereinten Nationen bei der Aufrichtung eines allgemeinen und dauernden Friedens gebraucht wird.»

Die Landesgewerkschaft der Eisenbahnarbeiter und sechs weitere Gewerkschaften lehnten in ihrem Antrag die Aufrüstung Ost- und Westdeutschlands ab und beauftragten den Generalrat, bei der Arbeiterpartei und der Regierung auf neue Verhandlungen für eine friedliche Lösung des deutschen Problems zu dringen, die die Wiedervereinigung Deutschlands unter *einer* Regierung auf der Grundlage freier Wahlen vorsieht. Nach einer sachlichen Diskussion wurde die Entschließung des Generalrates mit 4 077 000 gegen 3 623 000 Stimmen angenommen.

Dagegen stimmte der Kongreß einmütig einer von der Gewerkschaft der wissenschaftlichen Arbeiter vorgelegten Resolution zu, die die Aufnahme von Verhandlungen zur Vorbereitung einer Konferenz von England, Amerika, Frankreich, Rußland und China fordert, um die *internationale Abschaffung aller Atom- und Wasserstoffwaffen* unter einem wirksamen internationalen Kontrollsystem herbeizubringen. Weiter soll ein Abkommen angestrebt werden, das den Weg für weitere Verhandlungen in den Vereinten Nationen für eine Verständigung über die jährliche Herabsetzung der Rüstungsausgaben freimacht. Professor *C. F. Powell*, der für die Gewerkschaft der wissenschaftlichen Arbeiter sprach, erklärte, es sei unverständlich, daß unter dem Schatten einer so furchtbaren Katastrophe, wie sie von der Entwicklung der Wasserstoffbombe drohe, nicht ein System des Nebeneinanderlebens der Staaten gefunden werde. Die Delegierten gaben ihm starken Beifall, als er von den Wohltaten sprach, die kommen könnten, wenn die Atomkraft für friedliche Zwecke ausgenützt würde. *Nur fünf Wasserstoffbomben vom Typ, wie sie in den Probeexplosionen gebraucht worden seien, so erklärte er, würden der Wirtschaft soviel Kraft liefern, wie sie jetzt aus 200 Millionen Tonnen Kohlen – der Jahresförderung Englands – gewonnen wird.*

Das Nein an die Kommunisten

Die Metall- und Maschinenarbeitergewerkschaft (812 000 Mitglieder) schlug vor, daß der Generalrat seinen Einfluß im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) geltend mache, um gemeinsame Diskussionen mit dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) für ein gemeinsames Programm wirtschaftlicher Forderungen zustandezubringen. Der Generalrat antwortete darauf ausführlich: «Die Gewerkschaften sind in den kommunistischen Ländern nicht freie und unabhängige Organisationen. Sie sind Instrumente der Kommunistischen Partei (KP), die den Staat und seine Regierung beherrscht. Das ist in der Einleitung zu den Statuten der Gewerkschaften in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang festgelegt, die klar ausdrückt, daß die Organisationen unter der Direktive der KP funktionieren... Die Gewerkschaftsdelegationen aus kommunistischen Ländern können darum nicht eine von der Politik ihrer Regierung unabhängige Linie befolgen (sie würden bald ‚diszipliniert‘ werden, wenn sie es täten), und der WGB kann daher ganz offensichtlich die Regierungen innerhalb des Sowjetmachtbereiches nicht kritisieren. Es bleibt eine Tatsache, daß er der Agent des internationalen Kommunismus in allen Ländern ist, wo er irgendeine Tätigkeit entfaltet. Es ist offensichtlich, daß der WGB keine Macht hat, in Angelegenheiten der Regierungspolitik in kommunistischen Ländern zu intervenieren. Seine einzige Funktion außerhalb dieser Länder ist in Gebieten, wo er in unvermeidlichen Konflikt mit dem IBFG gerät. Während der IBFG bemüht ist, freie und unabhängige Gewerkschaften aufzubauen, kann die Funktion des WGB nur sein, Gewerkschaften als Anhängsel der kommunistischen Macht und Politik zu entwickeln. Das sind die Tatsachen. Aber in einer Zeit wie der gegenwärtigen, in der ein starker Wunsch nach internationalen Verhandlungen für eine Verminderung bestehender Differenzen vorhanden ist, gibt es Leute mit gutem Willen, die ohne Kenntnis der Tatsachen von der Einheit durch gemeinsame Beratungen und Verschmelzung sprechen... Aber weder der IBFG noch der TUC können ernsthafte Vorschläge für Verhandlungen mit Organisationen in Betracht ziehen, die keine Macht zu Verhandlungen haben.» Der Kongreß folgte nach einer kurzen Debatte mit 5 986 000 gegen 1 886 000 Stimmen dem Generalrat.

Eine Einladung der russischen Gewerkschaften, eine Delegation des Gewerkschaftsbundes zum russischen Gewerkschaftskongreß zu entsenden, war vom Generalrat vor einigen Monaten abgelehnt worden. Ein Antrag, der diese Entscheidung mißbilligt, wurde vom Kongreß mit 4 262 000 gegen 3 110 000 Stimmen abgelehnt. Die russischen Gewerkschaften genießen demnach größere Sympathien unter den englischen Gewerkschaften als der WGB.

Die englischen Kommunisten haben auf dem diesjährigen Kongreß keine Fortschritte gemacht. Keiner ihrer Kandidaten für den Gene-

ralrat erhielt die genügende Stimmenzahl, so daß diese führende Körperschaft von 35 Mitgliedern auch in diesem Jahre ohne Kommunisten ist.

Zum neuen Präsidenten des Gewerkschaftsbundes wurde *Charles Geddes*, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Postarbeiter, die über 161 000 Mitglieder zählt, gewählt. *K. F. Bieligh*, London

Gewerkschaften in Irland

Im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften sind alle nicht diktatorisch regierten Länder Europas vertreten — mit zwei Ausnahmen, die von *Irland* und der *Türkei* gebildet werden. In der *Türkei* ist die Gewerkschaftsbewegung erst im Aufbau, und der Anschluß des neuerstandenen Gewerkschaftsbundes an die Brüsseler Internationale, die an den Aufbauarbeiten in der *Türkei* aktiv mitgeholfen hat, ist nur eine Frage der Zeit. Anders ist es in *Irland*. Obwohl es sich um einen vorwiegend landwirtschaftlichen Staat handelt, besteht dort seit Jahrzehnten eine gute Gewerkschaftsbewegung, die in freigewerkschaftlichen Traditionen arbeitet. Von einem Anschluß an eine Internationale und von einer Ueberwindung der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in zwei rivalisierende Zentralen kann aber leider auf absehbare Zeit keine Rede sein.

Die irische Gewerkschaftssituation ist ein getreuer Reflex der Probleme, an denen *Irland* im allgemeinen leidet: an der ungesunden Aufpeitschung nationaler und religiöser Gefühle und Ressentiments, die die Lösung der drückenden sozialen Fragen erschwert. Nach einem langen Freiheitskampf ist *Irland* heute eine selbständige Republik, die alle Bindungen zu Großbritannien gelöst hat, zumindest auf dem Papier. Praktisch sieht es ein wenig anders aus. Großbritannien braucht *Irland*, und umgekehrt braucht *Irland*, das seinen Menschenüberschuß nicht ernähren kann (in den Vereinigten Staaten leben heute mehr Iren als in *Irland*), Großbritannien, das auf die hunderttausenden irischen Arbeitskräfte angewiesen ist, die frei ins Land strömen können. Man ist in England bei der definitiven staatsrechtlichen Trennung sogar so weit gegangen, den Iren, die dadurch Ausländer wurden, das Wahlrecht zu belassen. Alles wäre in schönster Ordnung, wenn es nicht einen Stein des Anstoßes gäbe: *Nordirland*.

Die Republik *Irland* mit rund 3 Millionen Einwohnern, die den Großteil der irischen Insel einnimmt, wird meist von Katholiken bewohnt, die zwar Englisch reden, aber das Irische pflegen. Sie wird von einem klerikalen Regime beherrscht, das in dem Aufreißen alter Wunden das beste Mittel sieht, die Bevölkerung über die Ungelöstheit von Problemen hinwegzutäuschen, die es selber zu lösen hätte.